

*Osnabrücker Jahrbuch*  
*Frieden und Wissenschaft*

**III/1996**

**Dialog**  
**Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur**

**Universitätsverlag Rasch Osnabrück**

## Herausgeber:

Der Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück  
Der Präsident der Universität Osnabrück

## Wissenschaftlicher Rat:

(Mitglieder und beratende Mitglieder)

Prof. Dr. Tilly Bakker-Grunwald, Biologie/Biochemie (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Sabine Giesbrecht, Musikwissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Claudia Glunz M.A., Literaturwissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Wolfgang Klein, Kath. Theologie (Kath. FH Norddeutschland)  
Dr. Jaroslav Krejčí, Erziehungswissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie (Univ. Osnabrück), stellv. Vorsitzender  
Prof. Dr. Gerhard Osburg, Landschaftsbau (FH Osnabrück)  
Dr. Antje von Schaewen, Biologie (Univ. Osnabrück)  
Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft (Univ. Osnabrück)  
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft (Univ. Osnabrück), Vorsitzender  
Prof. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik (Univ. Osnabrück)

## Verantwortlicher Redakteur:

Dr. Rolf Düsterberg  
Redaktion im Auftrag des  
Wissenschaftlichen Rates der *Osnabrücker Friedensgespräche*

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft** : Dialog:  
Wissenschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur / Hrsg.: Der  
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück ; Der Präsident der  
Universität Osnabrück. – Osnabrück : Universitätsverlag Rasch.

Erscheint jährl. – Aufnahme nach 1. 1994

NE: Frieden und Wissenschaft

1. 1994 -

© 1996 bei den Herausgebern und beim Verlag  
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung:  
Rudolf Huwatscheck, Osnabrück  
Gesamtherstellung:  
Druckerei Rasch, 49565 Bramsche

Redaktionsadresse:  
Dr. Rolf Düsterberg  
c/o Universität Osnabrück, Neuer Graben/Schloß  
D-49069 Osnabrück  
Tel.: 05 41/9 69-46 68, Fax.: 05 41/9 69-45 70

Printed in Germany

ISBN 3-930595-44-3



# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	8

## I. Osnabrücker Friedensgespräche 1995

Frauen in der politischen Verantwortung für den Frieden . . . . .	15
(Podiumsdiskussion, 1. Februar)	
<i>Diskussionsmitschnitt:</i>	
<b>Barbara John</b> , Berlin, <b>Bärbel Bohley</b> , Berlin, <b>Carol Hagemann-White</b> , Osnabrück	
Diskussionleitung: <b>Lea Rosh</b> , Hannover	
<b>Herbert Wulf</b> , Bonn (23. März)	
Rüstungsexporte – Wem nützen sie? . . . . .	37
<b>Valentin M. Falin</b> , Hamburg (8. Mai)	
Osteuropa 50 Jahre nach dem Krieg . . . . .	49
Der Konflikt zwischen Türken und Kurden . . . . .	63
(Streitgespräch, 20. Juni)	
<b>Ahmet Külahci</b> , Bonn, <b>Abubekir Saydam</b> , Köln	
Moderation: <b>Petra Kappert</b> , Hamburg	
<b>Belinde Marie Thöne-Siemens</b> , Haarlem (13. September)	
Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den Niederlanden . . . . .	81
Zum Osnabrücker Friedenstag (23. Oktober)	
– Verkündung des Westfälischen Friedensschlusses am 25. Oktober 1648 –	
<b>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger</b> , Bonn	
Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus im vereinten Deutschland . . . . .	91
<b>Johan Galtung</b> , Versonnex/Ain (12. Dezember)	
Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents (Bericht) . . . . .	99
<i>musica pro pace</i>	
<b>Stefan Hanheide</b> , Osnabrück	
»...das Wunder einer vollständigen Umwandlung des menschlichen Denkens und Fühlens«. Zum friedensutopischen Gehalt von Frank Martins Oratorium	
<i>In terra pax</i> . . . . .	105

## II. Osnabrücker Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung

<b>Kurt P. Tudyka</b>	
Auf der Suche nach Sicherheit für Europa – die OSZE . . . . .	118
<b>Dagmar Stockmann</b>	
Mittelosteuropa – Zukunftspartner oder Hilfeempfänger? . . . . .	128

<b>Ingeborg Tömmel</b>	
Die Strategie der EU zur Systemtransformation in den Staaten Mittel- und Osteuropas . . . . .	145
<b>Peter Niebaum</b>	
Hans Calmeyers Rettungswerk in den deutsch besetzten Niederlanden 1941–45/46 . . . . .	162
<b>Sedef Gümen, Leonie Herwartz-Emden</b>	
Ethnische Stereotypen, Fremdheit und Abgrenzung . . . . .	181
<b>Daniela Gottschlich, Dieter Kinkelbur, Stephan Kliesch</b>	
Transnationale Friedensarbeit vor Ort – Osnabrück als Beispiel einer Friedensstadt? . . . . .	198
<b>III. Materialien und Dokumente</b>	
Bonn International Center for Conversion (BICC) . . . . .	218
Komkar-Verband der Vereine aus Kurdistan e. V. . . . .	220
Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen . . . . .	223
<b>Referenten und Referentinnen der <i>Friedensgespräche</i></b>	
<b>Beiträger und Beiträgerinnen dieser Ausgabe . . . . .</b>	<b>225</b>

## Editorial

Ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg stehen Europa und die Welt erneut inmitten einer schon heute als historisch zu bezeichnenden Phase des Umbruchs, des Umbaus, der Neuorientierung. Die jahrzehntelang »bewährten« politischen Muster der Nachkriegszeit, die Polarisierung und zweifelhafte, durch atomare Vernichtungsdrohung erzielte relative »Befriedung« großer Teile der Erde in antagonistische Machtsphären existieren nicht mehr. Insbesondere die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, allen voran die der früheren Sowjetunion, erleben gegenwärtig die schwierigsten und wohl auch gefahrvollsten – da unwägbareren – Zeiten seit Jahrzehnten. Die Richtung, in die sich die mittel- und osteuropäischen Länder politisch, wirtschaftlich und kulturell auf Dauer bewegen werden, ist vielfach keineswegs bereits klar abzusehen; die Entwicklungen verlaufen – je nach Staat und Region – äußerst unterschiedlich, innen- wie außenpolitische Konstellationen sind ebenfalls noch nicht überall fest etabliert. Ethnische Auseinandersetzungen, innenpolitische Konflikte bis hin zu kriegerischen Aggressionen belasten nicht nur in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas den erwünschten Prozeß eines friedlichen Gedeihens. Deutschland wie die anderen Staaten der westlichen Wohlstandssphäre stehen hier nicht in der Beobachterrolle, vielmehr im interdependenten Verhältnis von Ursache und Wirkung. Die Umwälzungsprozesse und nicht gelösten Konflikte, die sich nach dem deutschen Aggressionskrieg (der doch der letzte in der Geschichte sein sollte) und in seiner Folge ergeben haben, und die aktuellen Probleme auch unseres Landes zeigen nur zu klar: auch wir sind involviert.

Die *Osnabrücker Friedensgespräche* und die »Osnabrücker Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung« des Jahres 1995 haben sich dieser und weiterer brennender Themen der Diskussion um den äußeren und inneren Frieden (Frauen in der Gesellschaft, Rüstung, ethnische Konflikte) angenommen. Der 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus war zudem Anlaß, den Widerstand couragierter Frauen und Männer zu würdigen und der Opfer des Krieges zu gedenken. Die Aufführung des unmittelbar unter dem Eindruck des erwarteten Kriegsendes 1944 entstandenen Oratoriums *In terra pax* von Frank Martin (im Rahmen der »musica pro pace« zum Friedenstag am 29. Oktober 1995) ließ die Zuhörer mit einer zwingenden Intensität jene Hoffnung spüren, die Martin selbst in folgende Worte faßte:

»Ich glaube nicht, daß ich [...] jemals irgendwelche Illusionen über die Art des Friedens hatte, der dem Ende des Krieges folgen würde. Aber dieser Mangel an Illusion konnte mich nicht an dem Versuch hindern, den Übergang von tiefster Verzweiflung zur Hoffnung auf eine leuchtendere Zukunft auszudrücken«.

Im ersten *Friedensgespräch* des Jahres 1995 diskutierten die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats Barbara John und die Frauenforscherin Carol Hagemann-White unter der Moderation von Lea Rosh zum Thema »Frauen in der politischen Verantwortung für den Frieden« (1. Februar). Es ging dabei u. a. um die spezifischen Probleme, aber auch Chancen, die sich für Frauen in Deutschland zeigen, die in politischen, kulturellen, administrativen und z. T. traditionell männlich geprägten Kontexten tätig sind und ihr Engagement wesentlich auch als Friedensarbeit begreifen.

Aus einer interkulturell vergleichenden Perspektive heraus handelt der Beitrag von Sedef Gümen und Leonie Herwartz-Emden (Pädagogik/Frauenforschung) über »ethni-

sche Stereotypen, Fremdheit und Abgrenzung«, mit denen Frauen – gebürtige Türkinnen, Aussiedlerinnen aus der ehem. Sowjetunion sowie westdeutsche – sich gegenseitig konfrontieren. Die Ausführungen basieren auf ausgewählten Ergebnissen einer empirischen Untersuchung, die im Rahmen eines umfänglichen Forschungsprojekts durchgeführt wird. Die Autorinnen diskutieren die Frage nach den psychosozialen Verarbeitungs- und Bewältigungsstrategien der Zugehörigkeitsgefühle und Grenzziehungsprozesse gruppen- und geschlechtsspezifisch, legen Fremdheitserfahrungen von Aussiedlerinnen und Frauen aus der Türkei dar und präsentieren die gegenseitigen Stereotypen von eingewanderten bzw. westdeutschen Frauen. Sie zeigen auf, daß Frauen aus unterschiedlich positionierten sozialen Gruppen aus den eigenen Erlebnissen und Erfahrungen und im Zusammenhang mit sozialen Interaktionen und gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen ihre Selbst- und Fremdbilder entwickeln.

Ebenfalls im thematischen Umfeld von Migration, Einwanderung und ethnischen Auseinandersetzungen bewegt sich das Streitgespräch zum »Konflikt zwischen Türken und Kurden« (20. Juni), der auch in Deutschland zunehmend gewaltsame Ausmaße annimmt. Die beiden Kontrahenten – Ahmet Külahci (Bonner Korrespondent der *Hürriyet*) und Abubekir Saydam (Vorsitzender des Komkar-Verbandes der Vereine aus Kurdistan) – sind einschlägig bekannte Vertreter der gegensätzlichen Positionen, die unter der Leitung der Turkologin Petra Kappert über die Hintergründe des Konflikts in der Türkei und auch über die Folgen für das Zusammenleben von Türken und Kurden in Deutschland diskutierten.

Ein innenpolitisch seit langer Zeit brisantes Thema – gerade auch im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik der Türkei – ist die Ausfuhr von Waffen insbesondere in Krisen- und Konfliktregionen. Herbert Wulf, Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC), beschreibt in seinem Vortrag »Rüstungsexporte – wem nützen sie?« (23. März) deren Entwicklung in den letzten Jahren, benennt Hauptlieferanten und Abnehmer und analysiert die Motive der Empfänger- und Lieferländer, wobei auch die deutschen Rüstungsexporte und -exportinteressen nicht ausgespart bleiben.

In Würdigung der besonderen Leistung einzelner Männer und Frauen im Kampf gegen den Nationalsozialismus und dabei insbesondere gegen den Völkermord sprach im Gedenkjahr 1995, am 13. September, die niederländische Widerstandskämpferin Belinde Marie Thöne-Siemens über den »Alltag« im Kampf gegen die Nazis und über die Bedeutung des Widerstandes in den Niederlanden heute. Sie ist eine Vertreterin jener individuellen Widerstandskämpfer, die sich durch moralische Betroffenheit zum Handeln entschlossen. Nachdem ihr Vater wegen seiner offen NS-kritischen Haltung von der Gestapo verhaftet worden war, leistete sie seit Mitte 1942 rassistisch Verfolgten und Gegnern der deutschen Besatzungsmacht aktive Hilfe. Ihr Vortrag, ebenfalls im vorliegenden *Jahrbuch* III/1996 dokumentiert, findet seine Ergänzung in Peter Niebaums Beitrag über »Hans Calmeyers Rettungswerk in den deutsch besetzten Niederlanden 1941–1945/46«. Calmeyer, Rechtsanwalt mit Kanzlei in seiner Heimatstadt Osnabrück und als notorischer Nazi-Gegner bis 1936 von der Gestapo überwacht, wurde 1941 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Generalkommissariats für die Verwaltung und Justiz der Niederlande nach Den Haag berufen. Dort fiel ihm die Aufgabe zu, in Zweifelsfällen aus der Verordnung des Reichskommissars über die Anmeldepflicht von Juden und sog. Mischlingen zu entscheiden, einschl. der quasi-richterlichen Einordnung von Grenzfällen. Dabei gelang es ihm, »Anordnungen und Forderungen zu mildern, abzuschwächen oder so durchzuführen, daß Freiheit, Eigentum und Leben der Angehörigen des besetzten Landes respektiert« wurden (Calmeyer). Indem er und seine Mitarbeiter gefälschte Abstammungsnachweise anerkannten, riefen sie eine regelrechte Fälschungsindustrie ins

Leben, an der auch niederländische Beamte, Pastoren, Rechtsanwälte u. a. m. mitwirkten. Auf diese Weise konnten mehrere Tausend Menschen vor der Ermordung durch die Nationalsozialisten bewahrt werden. Calmeyer, der bis zu seinem Tod (1972) über seinen Widerstand schwieg, hat in der Öffentlichkeit erst in den letzten Jahren an Kontur gewonnen: 1992 ehrte ihn Yad Vashem mit dem Titel »Gerechter der Völker«, und 1995 verlieh ihm seine Heimatstadt posthum die Möser-Medaille.

Gerade vor dem Hintergrund der verbrecherischen Exzesse der jüngsten deutschen Geschichte (die Calmeyer so überaus aktiv und wirkungsvoll sabotierte), wirbt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für eine wehrhafte Demokratie, die allen antidemokratischen und antiliberalen Thesen und Ideologien entschlossen entgegentritt. Die damalige Bundesjustizministerin referierte zum Osnabrücker Friedenstag über »Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus im vereinten Deutschland« (23. Oktober), wobei sie auch ein liberalisiertes Einwanderungsrecht forderte, von dem sie sich eine integrierende Wirkung in Hinsicht auf die unter uns lebenden Ausländer erhofft. In ihrem hier publizierten Beitrag entwirft sie u. a. ein Täterprofil, nach dem niedriger Bildungsgrad, Arbeitslosigkeit und belastete familiäre Verhältnisse bei jungen Menschen (die oftmals ihre Gewalttaten unter Alkoholeinfluß ausübten) ständig wiederkehrende Faktoren darstellten. Hingegen scheine eine wirkliche Identifikation mit nationalsozialistischen Ideologemen nicht weit verbreitet zu sein. Dennoch sei extremistische, fremdenfeindliche Gewalt nicht vorrangig Ausdruck unbefriedigender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen; vielmehr handle es sich um eine soziale Prägung, die sich im irrationalen Untergrund jeder Gesellschaft bilden könne. Alternative, nicht nationalistisch orientierte Politikkonzepte müßten deshalb zur Überwindung des krisenhaften Zustandes angeboten werden:

»Notwendig ist deshalb, daß alle demokratischen Kräfte ein Klima der gesellschaftlichen Ächtung nationalistischer, rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Strömungen erzeugen, um damit zu verhindern, daß die Hemmschwellen zur Gewalt oder bei der Verbreitung rechtsextremistischen Propagandamaterials weiter sinken. [...] Dabei muß ein wirkliches Signal der irreversiblen Abkehr vom völkisch verengten Begriff der Nation gesetzt werden, mit dem wir unter Beweis stellen, daß wir uns als freie Vereinigung von Bürgern verstehen, die sich unabhängig von ihren ethnischen, religiösen und kulturellen Eigenheiten unter dem nicht zur Disposition stehenden Konsens der in unserer Verfassung enthaltenen Werte und Überzeugungen zusammengeschlossen haben. [...] Deshalb müssen wir das derzeit auf das Abstammungsprinzip fixierte deutsche Staatsbürgerschaftsrecht dringend um Komponenten des Territorialprinzips ergänzen.«

Das Hauptgewicht der *Friedensgespräche* und der hier weiterhin publizierten wissenschaftlichen Beiträge des Jahres 1995 liegt auf der Frage nach der Zukunft Europas. Der ehemalige sowjetische Botschafter in der BR Deutschland und heutige Publizist Valentin Falin fordert in seinem Beitrag über »Osteuropa 50 Jahre nach dem Krieg« (8. Mai) den unverstellten Blick auf die Vergangenheit, wenngleich auf diese Weise unbequeme Wahrheiten zutage treten könnten. Dies sei aber der einzige Weg – auch hinsichtlich des deutsch-russischen Verhältnisses –, um zu einer angemessenen Bewältigung der Zukunft zu gelangen. Für Rußland konstatiert er, daß der Verlust der Rolle als Supermacht Identitätsprobleme verursacht habe, die nur schwierig zu lösen seien. Nachdrücklich wirbt er für ein System kollektiver Sicherheit in Europa in militärischer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht. Er setzt auf die Kraft des Dialogs und warnt davor, Rußland international zu isolieren, denn dies könnte in seinem Land den Ruf nach einer starken Hand lautwerden lassen, mit allen daraus resultierenden negativen Folgen für Ost und West.

Der Politikwissenschaftler Kurt P. Tudyka beschreibt in seinem Beitrag »Auf der Suche nach Sicherheit für Europa – die OSZE« das erkennbare Bedürfnis nach einer erweiter-

ten, spezifisch europäischen Sicherheitspolitik, die auch die sozialen, ökologischen und ökonomischen Gefährdungen und Bedrohungen der Gesellschaften und der Individuen umfaßt. Ein solch breit angelegtes Konzept sei jedoch – obwohl historisch verständlich und gesinnungsethisch honorabel – zu offen und weit und sowohl analytisch unfaßbar als auch politisch uneinlösbar. Der Regimewandel der KSZE zur OSZE zeige zwar explizit dieses Bemühen um ein »europäisches Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert«, doch müsse er als staatliche Veranstaltung auch angesichts der veränderten Verhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft hinter den hohen Erwartungen an Sicherheitsgewähr zurückbleiben.

Die politische und ökonomische Integration Mitteleuropas in den gesamten Kontinent müsse als Chance begriffen werden, verkrustete Strukturen aufzubrechen und die Zukunftsfähigkeit Europas zu entwickeln, fordert Dagmar Stockmann (Wirtschaftswissenschaften) in ihrem Beitrag »Mitteleuropa – Zukunftspartner oder Hilfsempfänger?«. Analog zu Falins Warnung prognostiziert auch sie, daß die Gefahr der Destabilisierung Mitteleuropas – und damit Gesamteuropas – zunehmen werde, wenn es nicht gelingt, den Weg nationaler Wohlfahrt in diesen Staaten zu beschreiten. Die Anpassungsprogramme des IWF für den Transformationsprozeß sowie die wirtschafts- und handelspolitischen Maßnahmen der EU erwiesen sich als ungeeignete Instrumente für den Strukturwandel, da sie sich nur unzureichend an den konkreten Entwicklungsbedingungen und -erfordernissen dieser Länder orientierten. Sie begünstigten vielmehr ein neokoloniales Muster der internationalen Arbeitsteilung für Mitteleuropa, was zur Folge haben könnte, daß die politische Teilung Europas abgelöst wird von einer ökonomischen. In Anbetracht weltwirtschaftspolitischer Konstellationen bleibe offen, ob die nachholende Konstitution einer Marktwirtschaft in Konkurrenz zu denen der westlichen Industrienationen gelingen kann.

Eine Analyse der konkreten Hilfsprogramme PHARE und TACIS leistet die Politologin Ingeborg Tömmel: »Die Strategie der EU zur Systemtransformation in den mittel- und osteuropäischen Staaten«. Insbesondere die kritische Würdigung des PHARE-Programms erfolgt dabei unter der Fragestellung, in welcher Weise und in welchem Maße die EU-Politik den Reformprozeß in Form, Verlauf und Entwicklungsrichtung beeinflußt und welche Konsequenzen sich dabei für die Empfängerstaaten ergeben. Deutlich wird, daß die Europäische Kommission eine umfassende und ausdifferenzierte Konzeption der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Transformation verfolgt, dessen Kernstück die schnelle Einführung marktwirtschaftlicher Funktionsmechanismen in allen wirtschaftlichen Sektoren ist. Dieser Transformationsweg wird jedoch sehr lang und nur dann erfolgreich sein, wenn sich ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte in den Reformstaaten an seiner Ausgestaltung beteiligt.

Eine kritische Bestandsaufnahme der Europäischen Union, die sich zunehmend zu einer zentralistischen Supermacht anstelle eines föderativen Gebildes entwickle, formulierte der Friedensforscher und Träger des Alternativen Nobelpreises Johan Galtung in seinem Vortrag »Eurotopia. Die Zukunft eines Kontinents« (12. Dezember), von dem wir im *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft* einen Bericht publizieren. Er sieht eine Dreiteilung Europas zwischen Orthodoxen, Katholiken/Protestanten und Muslimen – eine Konstellation, deren Wurzeln bis ins 11. Jahrhundert reichen. Europa habe sich als der kriegereichste, aggressivste Kontinent der Erde erwiesen, der insbesondere gegenüber dem Islam eine harte, konfrontative Politik geführt habe. Diese Linie scheine sich heute fortzusetzen in der undifferenzierten Verurteilung des Islam als »fundamentalistisch«. Galtung diagnostiziert fünf Konfliktlinien und Krisenherde im heutigen Europa, die teilweise durch das sich abzeichnende Hegemoniebestreben des sich einigenden Kon-



tinents selbst verursacht werden. Sinnvolle Lösungsansätze erblickt Galtung u. a. in der Weiterentwicklung der OSZE, in der Abschaffung des Eurokorps zugunsten des weiteren Ausbaus von Blauhelmeinsätzen und durch den Verzicht auf die Osterweiterung der NATO.

Im letzten Beitrag des *Osnabrücker Jahrbuchs Frieden und Wissenschaft* III/1996 setzen Dieter Kinkelbur (Sozialwissenschaften), Stephan Kliesch (Ev. Theologie) und Daniela Gottschlich (Politikwissenschaft) mit ihrem Artikel »Transnationale Friedensarbeit vor Ort – Osnabrück als Beispiel einer Friedensstadt?« ihre Überlegungen zur kommunalen Friedensförderung fort, deren erster, theoretischer Teil bereits im *Jahrbuch* I/1994 publiziert worden ist. 1998 jährt sich zum 350. Male der Tag der Verkündung des Westfälischen Friedens – nicht nur äußerer Anlaß, kommunale Friedensbemühungen als eine beständige Aufgabe anzuerkennen. Nach der Beschreibung heutiger Formen einer Friedenspolitik von unten und einer Diskussion über deren Schwierigkeiten und Reichweiten entwickeln die Autoren konkrete Empfehlungen für die Stadt Osnabrück. Sie verstehen ihren Debattenbeitrag als einen Osnabrücker Impuls, über »postwestfälische Friedenspolitiken in und von Europa aus« nachzudenken und Wege des Friedens im sozialen Nahbereichsraum zu schaffen.

Dr. Rolf Düsterberg